

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Rumänische Ratspräsidentschaft

Juncker mahnt zur Beilegung interner Probleme

Seite 3

IM FOKUS

Brexit-Deal abgelehnt

London muss jetzt Vorschläge vorlegen, wie es weitergeht

Seite 4

Eurobarometer

Positiver Eindruck der Menschen von der EU verstärkt sich

Seite 6



Richard Kühnel, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, gibt einen Ausblick auf die politischen Herausforderungen 2019.

© Vertretung EU-Kommission Berlin, 2019

JAHRESAUSBLICK VON RICHARD KÜHNEL

Weichen für politische Zukunft der EU werden gestellt

Das europapolitische Jahr 2019 hat es in sich. Die Europawahlen am 26. Mai werden von vielen als die wichtigsten bezeichnet, seit es 1979 erstmals eine Direktwahl für das Europäische Parlament gab. Bei diesen Wahlen werden nicht nur die personellen, sondern auch die politischen Weichen für die Zukunft der Europäischen Union gestellt.

> Schon im Vorfeld, beim EU-Gipfel im rumänischen Sibiu, werden sich die politischen Führungskräfte der EU auf eine strategische Agenda verständigen, die Europas Einheit und Zusammenhalt nach innen und nach außen stärken soll.

Nach der Wahl des neuen Europäischen Parlaments wird auch eine neue EU-Kommission gebildet und insgesamt die erste Reihe der EU-Führungsspitze neu besetzt werden. Ein Land wird nicht mehr dabei sein, denn zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union will mit dem Vereinigten Königreich ein Mitgliedsstaat die Gemeinschaft verlassen. Es gilt daher, nach einer klaren und ausgewogenen Trennung umgehend eine neue und enge Partnerschaft mit Großbritannien aufzubauen. Die notwendigen wichtigen Richtungsentscheidungen für die

kommenden Jahre – auch der EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 muss festgelegt werden – erfolgen in unruhigen politischen Zeiten. In zahlreichen Mitgliedstaaten haben Kräfte, die auf nationale politische Lösungen setzen, an Gewicht gewonnen. Zudem machen etliche Bürgerinnen und Bürger ihrem Unmut über politische und soziale Zustände lautstark Luft – mit gelben Warnwesten auf den Straßen, in sozialen Medien und anderswo.

Es trifft sich aber gut, dass gerade in dieser Situation entschieden werden muss, wohin die politische Reise der EU gehen soll. Denn bei der Wahl zum Europäischen Parlament haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, mitzuzentscheiden, welche Schwerpunkte in der Gemeinschaftspolitik künftig gesetzt werden. >>

IN EIGENER SACHE

EU-Nachrichten in neuem Look

Sie haben es vielleicht auf den ersten Blick gesehen: die EU-Nachrichten starten mit neuem Erscheinungsbild ins neue Jahr. Wir haben die Erscheinungspause Ende 2018 genutzt, um das Layout zu modernisieren. Hoffentlich findet es Ihr Gefallen und macht die Lektüre noch angenehmer! Wir danken allen Leserinnen und Lesern für Ihre Geduld und wünschen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2019!

Die Redaktion

“ Souverän ist in der modernen Weltordnung, wer sein Schicksal mitbestimmen kann. Die EU-Staaten haben im Zuge der europäischen Einigung ihrer nationalen Souveränität eine neue europäische Souveränität hinzugefügt. ”

Richard Kühnel

>> Zum Beispiel darüber, ob die sozialen Rechte der Menschen und die Sozialsysteme gestärkt werden, wie Europa wettbewerbsfähig bleibt, wie die durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz verursachten Umwälzungen in Arbeits- und Privatleben gesteuert werden, wie das Bedürfnis nach Schutz vor Kriminalität und Terrorismus mit dem Schutz bürgerlicher Freiheiten in Einklang gebracht wird oder wie wir mit Umwelt und Klima umgehen, so dass auch künftige Generationen noch gut auf unserem Planeten leben können.

Nur eine geeinte EU hat globales Gewicht

Statt allgemein zu beklagen, dass „die Politik“ nicht zuhört, bietet der Europawahlkampf eine exzellente Möglichkeit, die eigenen Wünsche intensiv mit Kandidatinnen und Kandidaten zu diskutieren und in der Wahlkabine die Weichen zu stellen. Diese Chance sollte sich kein wahlberechtigter EU-Bürger entgehen lassen. Zumal die Regierungen der Mitgliedstaaten etliche Herausforderungen nicht allein, sondern nur im europäischen Verbund meistern können.

Das gilt etwa für die Besteuerung internationaler Konzerne, für Klimaschutz oder für die Durchsetzung unserer Interessen gegenüber mächtigen Akteuren wie China, Russland oder den USA. Die EU als Ganzes kann auf der Weltbühne viel bewirken, wenn sie geeint auftritt. Deshalb ist es so entscheidend wichtig, 2019 dafür zu sorgen, dass die EU ein klares Mandat bekommt, die Globalisierung zum Wohl ihrer rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Der Dialog mit Bürgern ist – besonders vor der Europawahl – wichtiger Teil der Arbeit der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

Schicksal stärker in die Hand nehmen

Wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gesagt hat, geht es darum, dass die Europäer ihr Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen und fähig zur „Weltpolitik“ werden, damit sie Architekt der Welt von morgen sind, nicht bloß Zuschauer bei globalen Entwicklungen. Souverän ist in der modernen Weltordnung, wer sein Schicksal mitbestimmen kann. Die EU-Staaten haben im Zuge der europäischen Einigung ihrer nationalen Souveränität eine neue europäische Souveränität hinzugefügt. Sie erlaubt ihnen, sich weltweit für Wertvorstellungen und Prinzipien stark zu machen, die mit unserem aufgeklärten Weltbild vereinbar sind. Um pluralistische Demokratie, Solidarität und ökosoziale Nachhaltigkeit und eine regelbasierte und multilaterale Weltordnung durchzusetzen oder der technologischen Revolution Leitplanken mit unseren europäischen Werten zu geben, braucht es das gemeinsame Gewicht der EU.

Am stärksten ist diese dort, wo ihre Gemeinschaftsinstitutionen die Kompetenz zum Handeln haben: Die EU gestaltet den größten Binnenmarkt der Welt und setzt über Handelsabkommen mit strategischen Partnern globale Standards. In Europa können auch Google, Amazon und Apple nicht agieren wie sie wollen, weil die EU-Kommission das Wettbewerbsrecht durchsetzt.

Politischer Wettbewerb um beste Ideen

Bei der politischen Weichenstellung 2019 geht es auch darum, ob künftig Schritte zu einer gemeinschaftlicheren Außen- oder Sicherheitspolitik möglich sind. Gerade in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind die Europäer zuletzt gut vorgekommen, Hand in Hand mit der NATO. Ähnliche Fragen stellen sich bei der Arbeits- und Sozialpolitik, die fast alle Menschen unmittelbar betrifft. Diese ist hauptsächlich nationale Kompetenz, die EU kann wegen des Binnenmarkts aber koordinieren.

In den kommenden Jahren wird es auch darum gehen, die sozialen Rechte der Europäer weiter mit Leben zu füllen und durchzusetzen. International wird die EU zum Beispiel an einer Modernisierung der Welthandelsorganisation WTO mitwirken oder Innovationen in Zukunftstechnologien fördern, damit zukunftsfähige Jobs neu entstehen. Auch wer der europäischen Politik skeptisch gegenüber steht, muss Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung geben. Deshalb geht es bei den europapolitischen Weichenstellungen 2019 nicht um eine Entscheidung für oder gegen Europa, sondern um einen politischen Wettbewerb um die besten Ideen für unsere gemeinsame Zukunft.

Richard Kühnel



© Vertretung EU-Kommission Berlin, 2019



RUMÄNISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Juncker mahnt zur Beilegung interner Probleme

Um ihre EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019 zu einem Erfolg für die EU zu machen, darf die rumänische Regierung ihre innenpolitischen Probleme nicht auf EU-Ebene exportieren, hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gemahnt. Nach Gesprächen mit Vertretern von Regierung und Parlament beim Antrittsbesuch des Kommissionskollegiums in Bukarest habe er aber den Eindruck, „dass diese Botschaft angekommen ist“. Auch der Kampf gegen Korruption im Land müsse weitergehen. Wenn das von der rumänischen Regierung geplante Amnestiegesetz für korrupte Politiker und Beamte tatsächlich in Kraft trete, wäre das ein „Rückschritt“, sagte Juncker. „Wenn es um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit geht, wenn es um die Bekämpfung der Korruption geht, gibt es keinen Kompromiss“, betonte er.

Gleichzeitig warb er bei den EU-Staaten darum, Rumänien in den Schengen-Raum aufzunehmen. Die Bedingungen dafür seien erfüllt. Rumäniens Premierministerin Viorica Dancila sagte, ihre Regierung wolle während der Präsidentschaft zeigen, „dass der europäische Weg der einzige Weg vorwärts ist“.

■ *Juncker in Bukarest*

BEDINGUNGEN IM WELTHANDEL

EU, USA und Japan wollen sich für mehr Fairness einsetzen

Japan, die USA und die EU wollen enger zusammenarbeiten, um unfaire Praktiken im Welthandel zu beenden. Dabei geht es etwa um staatliche Subventionen oder die erzwungene Preisgabe von technologischem Wissen, vor allem durch China. Gesprochen wurde in Washington auch über eine Reform der Welthandelsorganisation WTO sowie den digitalen Handel. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer berieten außerdem über die bilateralen Beziehungen. Diesen Dialog hatten EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und US-Präsident Donald Trump im Juli angestoßen. „Wir sind bereit, über Zölle auf alle Industriegüter zu reden, aber wir haben klar gemacht, dass wir von Seiten der EU nicht über Landwirtschaft diskutieren werden, so wie die US-Seite nicht über öffentliche Aufträge und geografische Angaben diskutieren wird“, sagte Malmström.

■ *Malmström setzt Handelsgespräche fort*

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Konsultation zu ethischen Leitlinien für KI-Technologie verlängert

Die europäische Öffentlichkeit hat noch länger die Chance, darüber mitzudiskutieren, welche ethischen Leitlinien bei der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der EU gelten sollen. Die von der EU-Kommission zu dem Thema eingesetzte europäische Expertengruppe hat die Frist für Stellungnahmen zu den von ihr im Dezember zur Diskussion gestellten Leitlinien bis zum 1. Februar verlängert. Im März wollen die Experten ihren überarbeiteten Entwurf dann der EU-Kommission vorlegen. Die wird dann entscheiden, wie weiter vorgegangen werden soll. Die 52 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen Vorschläge dafür machen, wie Entwickler und Nutzer sicherstellen können, dass bei der Entwicklung von digitalen KI-Technologien die Grundrechte, das geltende Recht und Grundprinzipien der Europäischen Union respektiert werden.

■ *Leitlinien für Künstliche Intelligenz*

ZWEITE RUNDE VON DISCOVEREU

Über 14.500 Jugendliche bekommen Reisegutscheine

Zwischen dem 15. April und dem 31. Oktober können über 14.500 junge Leute aus dem Geburtsjahrgang 2001 bis zu 30 Tage mit dem DiscoverEU-Travelpass reisen. Sie wurden unter fast 80.000 Bewerbern in der zweiten Runde des Programms DiscoverEU ausgewählt. Im vergangenen Jahr haben bereits rund 15.000 Jugendliche aus allen Mitgliedstaaten eine solche Reise gemacht. Ziel ist es, dass die 18-Jährigen etwas über das kulturelle Erbe und die Vielfalt Europas erfahren, Kontakte zu anderen jungen Menschen knüpfen und ihre europäische Identität entdecken. Für 2019 stehen 16 Millionen Euro für DiscoverEU zur Verfügung. Für das Geld erhalten die Jugendlichen einen Travel-Pass, mit dem sie ihre Reisepläne verwirklichen können, allein oder in Gruppen von bis zu fünf Personen. In der Regel gelten die Gutscheine für Bahnfahrten. Kosten für Unterkunft, Verpflegung oder Versicherungen müssen selbst getragen werden. Nach Deutschland gehen diesmal 2.349 Reisegutscheine. Die nächste Bewerbungsrunde für DiscoverEU ist im Sommer geplant. Ein genauer Termin steht noch nicht fest.

■ *Mit DiscoverEU durch Europa*

UNTERHAUS LEHNT EU-AUSTRITTSVERTRAG AB

Briten sollen rasch **Pläne** für den Weg aus der Sackgasse **vorlegen**

Nachdem der in rund eineinhalb Jahren Arbeit zwischen britischer Regierung und EU-Kommission ausgehandelte EU-Austrittsvertrag vom britischen Parlament mit 202 gegen 432 Stimmen deutlich abgelehnt wurde, erwarten die EU-Partner aus London Vorschläge dafür, wie es weitergehen soll.



© European Union, 2019 – EP

Michel Barnier, EU-Chefunterhändler für den Brexit, erläuterte im Europäischen Parlament nochmals, welche Unsicherheiten für Briten und EU-Staaten sich durch den knapp 600 Seiten umfassenden Austrittsvertrag vermeiden ließen.

> EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte die britische Regierung auf, ihre Absichten „so rasch wie möglich“ mitzuteilen. Die Zeit sei fast abgelaufen, sagte er. Das Vereinigte Königreich will die EU am 29. März verlassen.

Ohne einen Austrittsvertrag, in dem auch eine zweijährige Übergangsfrist vorgesehen ist, drohen ernste Störungen in Wirtschaft, Verkehr und auf sämtlichen Ebenen der Beziehungen zwischen Großbritannien und den 27 EU-Staaten. „Auch wenn wir eine solche Situation nicht wünschen, wird die Europäische Kommission weiterhin an Maßnahmen für den Ernstfall arbeiten, um dafür zu sorgen, dass die EU vollständig vorbereitet ist“, sagte Juncker. „Wenn ein Deal unmöglich ist und niemand keinen Deal will, wer wird dann letztlich den Mut haben zu sagen, was die einzig positive Lösung ist?“, fragte Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates. EU-Brexit-Chefunterhändler Michel Barnier warnte im Europäischen Parlament, das Risiko eines No-Deal-Szenarios sei „so hoch wie nie“.

Die Abgeordneten des Unterhauses, die gegen das mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen gestimmt haben, hätten dies aus sehr unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Gründen getan. „Diese Abstimmung ist daher objektiv nicht die klare Manifestation einer positiven Mehrheit, die einen

alternativen Entwurf zu dem derzeit auf dem Tisch liegenden Abkommen definieren würde“, sagte Barnier. „Solange kein Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Sackgasse im Vereinigten Königreich gefunden wird, solange kein Austrittsszenario klar identifiziert und von einer parlamentarischen Mehrheit unterstützt wird, werden wir nicht in der Lage sein, Fortschritte zu erzielen“, so Barnier. Die britische Politik sei nun am Zug.

London soll „rote Linien“ überdenken

Juncker und Barnier bekräftigten, das mühsam ausgehandelte Austrittsabkommen sei ein fairer Kompromiss und der „bestmögliche Deal“, der den unausweichlichen Schaden für beide Seiten durch den Brexit begrenzen und Sicherheit für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung, Empfänger von EU-Fördermitteln und die Menschen in Irland bringen werde. Die EU werde deshalb ihre Ratifizierung des Abkommens fortsetzen.

Was die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU angeht, bekräftigte Barnier, die EU sei bereit, diese umfassender zu gestalten als in bisher in einer politischen Erklärung festgehalten. Dafür müsse die britische Regierung aber ihre „roten Linien“ ändern, die etwa in Ablehnung von Zollunion oder Personenfreizügigkeit bestehen. Wenn sich die Briten entschieden, „über einen einfachen Freihandelsvertrag in unseren künftigen Beziehungen hinauszugehen“, sei die EU bereit, das sofort zu unterstützen, sagte Barnier.

Merkel: Geordnete Lösung suchen

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, Ziel sei es, den Schaden durch den Brexit so klein wie möglich zu halten. „Deshalb werden wir natürlich versuchen eine geordnete Lösung weiter zu finden. Aber wir sind auch vorbereitet, dass es eine solche geordnete Lösung nicht gibt“, sagte Merkel. DIHK-Präsident Eric Schweitzer rief die deutschen Unternehmen auf, sich auf einen unregelmäßigen Brexit vorzubereiten. Auch Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie warnte: „Ein chaotischer Brexit rückt in gefährliche Nähe.“ Die Wirtschaft erwarte jetzt rasche Antworten, wie es weitergehen soll. (frh/ank) >|

May bleibt im Amt

Auch nach der verlorenen Abstimmung über den EU-Austrittsvertrag bleibt die britische Premierministerin Theresa May im Amt. Einem Misstrauensantrag gegen sie stimmten im Unterhaus 306 Abgeordnete zu, 325 lehnten ihn ab. Direkt im Anschluss nahm May Gespräche mit Oppositionsparteien darüber auf, wie der Brexit-Prozess weitergehen soll. Am 21. Januar will sie Pläne dafür vorstellen, die am 29. Januar im Unterhaus diskutiert werden sollen.

■ UK muss Vorstellungen vom Brexit klären

EU-KOMMISSION SCHLÄGT REGELÄNDERUNG VOR

Steuerwettbewerb soll durch Mehrheitsentscheidungen fairer werden

Beschlüsse in der Steuerpolitik können im EU-Ministerrat nur gefasst werden, wenn alle Länder zustimmen. Das Europäische Parlament wird lediglich angehört, hat aber kein Mitentscheidungsrecht. Das Einstimmigkeitsprinzip hat dazu geführt, dass einige Gesetzesvorschläge, die für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit oder Steuergerechtigkeit sorgen sollten, über Jahre im Finanzminister-Rat blockiert waren, etwa die von Deutschland unterstützte Steuer auf Finanztransaktionen. Die EU-Kommission will das ändern und hat vorgeschlagen, stufenweise bis 2025 zu Mehrheitsentscheidungen in der Steuerpolitik überzugehen.

> „Die Einstimmigkeitsregel in Steuerfragen erscheint zunehmend als politisch anachronistisch, rechtlich problematisch und wirtschaftlich kontraproduktiv“, sagte der EU-Kommissar für Steuern, Zoll, Finanzen und Wirtschaft, Pierre Moscovici. Er sei sich der Sensibilität des Themas zwar bewusst, was aber nicht heißen könne, dass eine Diskussion darüber verboten sei, fügte der Franzose hinzu. Eine einheitliche Steuerpolitik werde den Binnenmarkt stärken, den Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten beenden und ganz allgemein für ein faireres Steuerumfeld in der gesamten EU sorgen, begründet die Kommission ihren Vorstoß. Der Regeländerung müssten alle EU-Staaten zustimmen, bevor sie in Kraft treten kann.

Mit wenig umstrittenen Themen beginnen

In einem ersten Schritt soll das Einstimmigkeitsprinzip von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit in weitgehend konsensfähigen Bereichen abgelöst werden. Etwa bei der behördlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerflucht und -betrug oder bei der Vereinheitlichung von Steuererklärungen etwa zu Mehrwertsteuerzahlungen von Unternehmen. Auch bei Steuervorschriften, die gemeinsame EU-Ziele wie den Klimaschutz unterstützen sollen, hält die Kommission Mehrheitsentscheidungen für relativ rasch möglich.

Kontroverser dürften die Schritte drei und vier diskutiert werden: Bis 2025 soll der Rat das Einstimmigkeitsprinzip bei der Überarbeitung bereits bestehender EU-Regeln wie dem Mehrwert- oder Verbrauchssteuersystem abschaffen. Ebenfalls bis zu diesem Datum sollen die Mitgliedstaaten die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen für große Steuerprojekte wie eine Digitalsteuer, eine



© European Union, 2018

gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage oder eine Finanztransaktionssteuer beschließen. Bei der qualifizierten Mehrheit müssen von den 28 Mitgliedstaaten 16 Länder, die mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten, einem Kommissionsvorschlag zustimmen, damit er in die Tat umgesetzt werden kann.

Steuersätze bleiben nationale Sache

Mehrheitsentscheidungen können nach Ansicht des CSU-Europaabgeordneten Markus Ferber für einen faireren Steuerwettbewerb sorgen. „Wenn nicht einige wenige Mitgliedstaaten auf der Bremse gestanden wären, gäbe es heute schon eine Finanztransaktionssteuer und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer“, sagte er. Die Festlegung von Steuersätzen müsse allerdings den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen bleiben. Das will auch die Kommission.

Nach Ansicht von Udo Bullmann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, würde es durch Mehrheitsentscheidungen „viel leichter werden, zum Beispiel die horrenden Gewinne der Internetkonzerne endlich angemessen zu besteuern“. Auch Martin Schirdewan (Linke) und Sven Giegold (Grüne) befürworten den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen. Sie bezweifeln allerdings, dass sich die Mitgliedstaaten darauf einlassen werden. (ste/frh) >

■ Debatte über EU-Steuerpolitik

Mehrheitsentscheidungen in der EU-Steuerpolitik könnten einige Diskussionen im Rat der Finanzminister verkürzen.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (rechts) im Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen Hartwig Löger.



© European Union, 2018

ERGEBNISSE DER EUROBAROMETER-UMFRAGE

Positiver Eindruck der Menschen von der EU verstärkt sich

National orientierte Parteien haben in vielen EU-Staaten an Zuspruch gewonnen, und die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich und anderswo vermitteln den Eindruck, dass sich etliche Bürger von den Politikern nicht verstanden fühlen, doch die Mehrheit in der EU denkt offenbar anders. Laut der neuen Eurobarometer-Umfrage im Auftrag der EU-Kommission ist das Vertrauen der Befragten in die EU stabil und größer als das in ihre nationalen Regierungen und Parlamente. Der Anteil der Europäerinnen und Europäer mit einem positiven Bild von der EU ist gestiegen, und erstmals seit Einführung der entsprechenden Frage ist eine Mehrheit der Ansicht, dass „ihre Stimme in der EU zählt“.

Der Anteil der Europäer, die den EU-Institutionen vertrauen, ist mit 42 Prozent stabil und auf dem höchsten Stand seit Herbst 2010 geblieben. In 17 Mitgliedstaaten ist diese Einstellung die Mehrheitsmeinung – im Frühjahr war das noch in 15 EU-Ländern der Fall. Spitzenwerte werden in Litauen (65 Prozent), Dänemark (60 Prozent) und Schweden (59 Prozent) erreicht. Vertrauen in ihre nationalen Regierungen und Parlamente äußern im europäischen Durchschnitt 35 Prozent der Befragten.

Migrationspolitik als größte Herausforderung

Als größte Herausforderung für die EU-Politik sehen 40 Prozent der Befragten die Steuerung der Einwanderung. Dahinter folgt die Bekämpfung von Terrorismus (20 Prozent – 9 Prozentpunkte weniger als im Frühjahr) vor der Lage der öffentlichen Finanzen (19 Prozent). Erstmals seit Herbst 2010 ist die wirtschaftliche Lage (18 Prozent) aus der Top Drei der EU-Problemthemen gefallen. Der Klimawandel hat mit einer Zunahme von 5 Prozentpunkten auf 16 Prozent wieder an Dringlichkeit gewonnen.

> EU-weit sind 49 Prozent der Befragten der Meinung, dass ihre Stimme in der EU gehört wird. Dieser Anteil ist seit dem Frühjahr 2018 um 4 Prozentpunkte gestiegen, während derjenige derer, die der Aussage nicht zustimmen, um 2 Prozentpunkte auf 47 Prozent sank. In 16 Mitgliedstaaten sehen die Menschen ihre Belange von der EU-Politik berücksichtigt, am stärksten in Dänemark (73 Prozent), Schweden (71 Prozent) und Deutschland (70 Prozent).

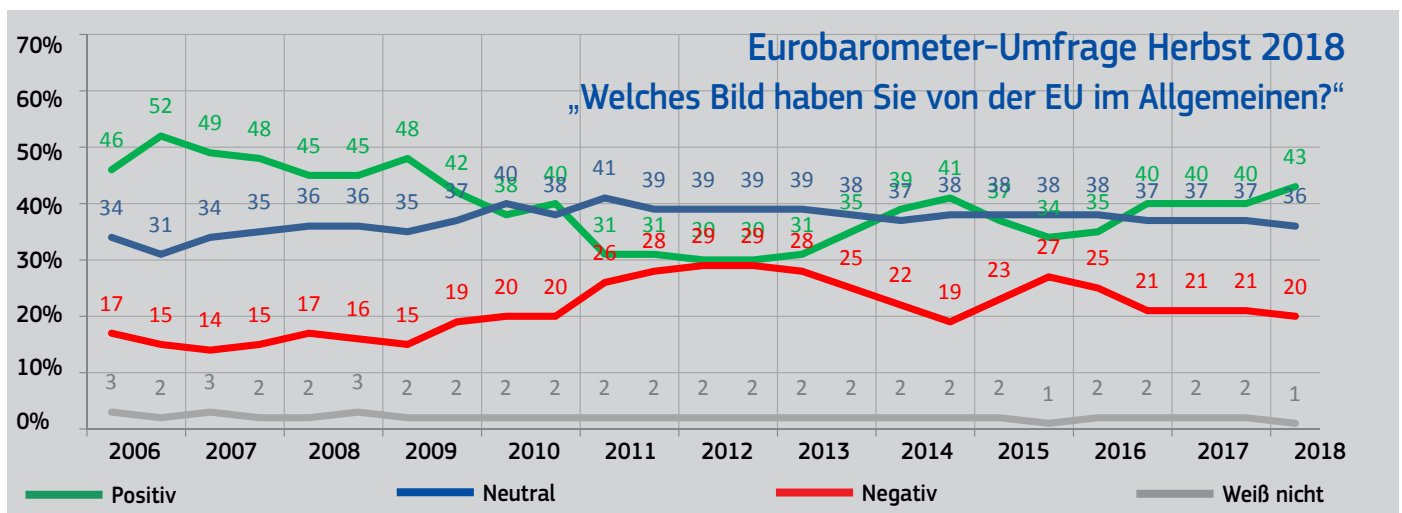
Um 3 Prozentpunkte auf 43 Prozent gestiegen ist der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben. Das ist der höchste Wert seit dem Herbst 2009. Dazu kommen 36 Prozent mit einem neutralen Bild und 20 Prozent mit einem negativen Bild der EU, während 1 Prozent der Befragten keine Meinung äußerten. Am stärksten hat die Zahl der Menschen mit positiver Meinung von der EU seit dem Frühjahr in Schweden zugenommen (+11 Prozentpunkte), in Spanien (+10) und im vor dem Brexit stehenden Vereinigten Königreich (+9 Prozentpunkte).

Euro und Freizügigkeit werden geschätzt

Sehr große Zustimmung gibt es nach wie vor zu zentralen Errungenschaften der EU, etwa dem Recht, sich in der Europäischen Union frei bewegen und niederlassen zu dürfen und zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung Euro, die zu Jahresbeginn 20 Jahre alt wurde. Drei Viertel der Befragten in der Währungsunion befürworten den Euro – ein Anstieg um 1 Prozentpunkt.

Für das Recht auf Freizügigkeit sind 83 Prozent der EU-Bürger, in Deutschland sind es sogar 92 Prozent. Und in allen 28 Mitgliedstaaten fühlt sich eine Mehrheit der Menschen als EU-Bürger. Die Werte reichen von 89 Prozent in Luxemburg über 86 Prozent in Deutschland bis zu 51 Prozent in Bulgarien – der EU-Durchschnitt liegt bei 71 Prozent. >|

■ Eurobarometer zeigt positives Bild



DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 24.01.2019 18.00–20.00 Uhr	„Europagespräch in Schönebeck“ Bürgerdialog zu Europa Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission Berlin	Stadtwerkehaus Friedrichstraße 117 39218 Schönebeck	www.europagespraech.de/
> 24.01.2019 18.00 Uhr	„Zweiter grenzübergreifender Bürgerdialog“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Duisburg	Ausbildungszentrum Thyssen Franz-Lenze-Straße 70 47166 Duisburg	www.facebook.com/ events/226764164912154/
> 24.01.2019 19.30 Uhr	„Literatour d'Europe – Neue Texte aus Europa“ Lesung Veranstalter: Regionalvertretung der Europäischen Kommission Bonn	Haus der Bildung Mülheimer Platz 1 53111 Bonn	www.literaturhaus-bonn.de/ programm/%C3%BCbersicht/ lavinia-braniste/
> 25.01.2019 10.00–13.30 Uhr	„It's Europe, stupid! – Campaigning for voting in the European elections“ Workshop Veranstalter: Netzwerk EBD	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/wp- content/uploads/2019/01/ MEGA_Programme_Its-Europe- Stupid-Kopie-1.pdf
> 26.01.2019 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Freizeitheim Vahrenwald Vahrenwalder Straße 92 30165 Hannover	www.aufindiewelt.de/ messen/26012019-hannover/
> 28.01.2019 18.00–19.30 Uhr	„Demokratie im Stresstest: Die Europäische Union vor der Europawahl“ Vortrag und Diskussion mit EU-Kommissar Günther Oettinger Veranstalter: Bertelsmann-Stiftung	Bertelsmann Repräsentanz Unter den Linden 1 10117 Berlin	Anmeldungen: benjamin. stappenbeck@bertelsmann- stiftung.de Stream: www.youtube.com/ user/BertelsmannStiftung?gl=D E&hl=deBertelsmannStiftung?g l=DE&hl=de
> 28.01.2019 18.00 Uhr	„Für ein ‚sauberes‘ und nachhaltiges Europa. EU-Politik in den Bereichen Umwelt, Klima, Energie und Landwirtschaft.“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Regionalvertretung der Europäischen Kommission Bonn	Regionalvertretung Bonn Bertha-von-Suttner-Platz 2 53111 Bonn	https://ec.europa.eu/germany/ sites/germany/files/docs/ vhs_bonn_-_europa_im_fo- kus_2018-02.pdf
> 28.01.2019 19.00–21.30 Uhr	„EU-Innenansichten vor der Europawahl“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe-Direct-Informationszentrum, Dortmund Auslandsgesellschaft.de e.V., Stadt Dortmund	Rathaus Dortmund Friedensplatz 1 44135 Dortmund	www.europatermine.de/termine/ datum/2019/januar/28/termin/ einzel/eu_innenansichten_vor_ der_europawahl.html
> 29.01.2019 18.00–20.00 Uhr	„Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ Bürgerdialog Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission in Berlin	Historisches Rathaus Markt 8 38889 Blankenburg	https://europagespraech.de/
> 30.01.2019 17.00–19.00 Uhr	„Weltall-Erde-ESA. Die Eroberung des Weltalls durch die Europäische Raumfahrtbehörde.“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: EIZ Rostock	Haus Europa Rostock Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/events/ weltall-erde-esa/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

KULTURHAUPTSTÄDTE EUROPAS 2019

Plowdiw und Matera starten Jahresprogramme

Im Januar werden in den diesjährigen Kulturhauptstädten Europas, dem bulgarischen Plowdiw und dem italienischen Matera, die Jahresprogramme mit hunderten von Veranstaltungen eröffnet. Als ein Highlight sehen die Veranstalter in dem für seine alten Höhlenwohnungen bekannten Matera (Foto) die Schau „Ars Excavandi“, die einen zeitgenössischen Blick auf Geschichte und Kultur des Bauens unter der Erde geben soll.

In Plowdiw sollen über das Jahr mehr als 300 Projekte verwirklicht werden, in der Stadt selbst, im südlichen Zentralbulgarien und in den Städten Warna, Sofia und Weliko Tarnowo. Die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ soll den ausgewählten Kommunen helfen, ihr Image zu verbessern.

■ Europäische Kulturhauptstädte 2019

KURZFILMWETTBEWERB #EUANDME

Internetpublikum kann Sieger wählen

Über 600 Kurzfilme wurden für den Wettbewerb der EU-Kommission im Rahmen der Informationskampagne #EUandME eingereicht. Aus den Vorschlägen der Filmmacher im Alter von 18 bis 35 Jahren hat eine Jury zehn Finalisten ausgewählt.

Jeweils zwei davon stellen sich nun in einer der fünf thematischen Kategorien (Mobilität, Nachhaltigkeit, Rechte, Digitalisierung, Kompetenzen und Unternehmen) dem Votum des Internetpublikums. Dieses kann noch bis zum 10. Februar, gestaffelt nach Themenkomplex, die Sieger wählen.

Die Aufgabe lautete, in einem Kurzfilm eine möglichst eindrückliche Geschichte über die Auswirkungen der EU-Politik auf das tägliche Leben der Bürger zu erzählen. Die Sieger jeder Kategorie werden mit jeweils 7.500 Euro gefördert und von einem von fünf Regisseuren der Kurzfilmreihe #EUandME unterstützt.

■ Finale Abstimmung über Kurzfilme

ARBEITEN FÜR DIE KOMMISSION

Nächste Bewerbungsrunde für bezahlte Praktika läuft

Wer gern in einem internationalen Umfeld arbeiten möchte, für den ist eine Tätigkeit für die EU-Institutionen sehr attraktiv. Spannende Einblicke in die Arbeit der EU-Kommission bieten bezahlte Praktika von fünf Monaten Dauer, die von der Kommission jeweils ab 1. März und 1. Oktober für 1.300 Studienabsolventen angeboten werden. Die Bewerbungsrunde für Oktober 2019 ist jetzt eröffnet worden, Registrierungen sind bis zum 4. Februar möglich. Voraussetzungen sind ein mindestens dreijähriges, abgeschlossenes Bachelorstudium und sehr gute Kenntnisse in mindestens zwei EU-Amtssprachen, darunter eine der Arbeitssprachen Englisch, Französisch oder Deutsch.

Die Praktika werden mit 1.177 Euro pro Monat bezahlt, zusätzlich werden Reisekosten erstattet. Zu den Aufgaben können die Organisation von Arbeitsgruppen und Sitzungen, die Zusammenstellung von Informationen und Unterlagen, die Vorbereitung von Berichten, die Beantwortung von Anfragen sowie die Teilnahme an Referatssitzungen und anderen Veranstaltungen umfassen. Die Themengebiete sind vielfältig und können von Wettbewerbsrecht über Umweltpolitik bis zur Kommunikation reichen.

■ Bewerbungsrunde für Praktika

ÜBERARBEITUNG DER EU-GLEICHBEHANDLUNGSRICHTLINIE

Meinungen zur Lohngleichheit von Frauen und Männern gefragt

Frauen verdienen in der EU laut Europäischer Kommission immer noch durchschnittlich 16,3 Prozent weniger als Männer. „Das ist schlicht nicht fair“, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová. „Wir müssen gemeinsam für Veränderung sorgen, damit diese Ungleichheit bald der Vergangenheit angehört“, erklärte sie. Einen möglichen Weg dahin sieht die Kommission in der geplanten Neufassung der EU-Richtlinie über Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen von 2013. Diese enthält Vorschriften, wie die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass sich EU-Bürger wehren können, wenn sie sich diskriminiert sehen.

Eine Bewertung der Umsetzung der Richtlinie hat laut Kommission gezeigt, dass es zahlreiche Probleme bei der rechtlichen Auslegung des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleichwertiger Arbeit gibt. Bevor die Kommission eine Neufassung der Richtlinie vorschlägt, will sie Meinungen zur Lohngleichheit von Frauen und Männern sammeln. Alle Interessierten können sich an einer dazu gestarteten öffentlichen Konsultation beteiligen. Der Fragebogen ist im Internet zugänglich und kann bis zum 5. April ausgefüllt werden.

■ Öffentliche Befragung zur Lohngleichheit